

Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen AG Sicherheit, Frieden und Abrüstung

Antrag

der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages
zum Entwurf des Einzelplans 14

Deutscher Bundestag Verteidigungsausschuss
Ausschussdrucksache 19(12)833
30.10.2020 - 19/3292
5011-5

– Einzelplan 14 –

- Externe Unterstützungsleistungen und Beratung transparent definieren und überprüfen -

Der Verteidigungsausschuss möge beschließen:

Der Verteidigungsausschuss fordert das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) auf, die Ergebnisse des Untersuchungsausschuss zur Berateraffäre zum Anlass zu nehmen um den Einsatz von externer Unterstützung und Beratung grundlegend zu überprüfen und Transparenz herzustellen. Dafür sollte die Bundesregierung eine für alle Ressorts gleiche und allgemeingültige Definition über den Einsatz und Unterschied von externen Unterstützungsleistungen und Beratung verabschieden. Bis so eine allgemeingültige Definition für alle Bundesministerien besteht, sollte die Auslegung der bisherigen Definition an die Berichte des Bundesministeriums der Verteidigung vorangestellt werden, um parlamentarische Kontrolle zu verbessern und zielgerichtete Fragen zu ermöglichen.

Begründung:

Die Berateraffäre im Verteidigungsministerium hat aufgezeigt, dass es im Bereich Unterstützung und Beratung deutliches Verbesserungspotenzial im Geschäftsbereich des BMVg gibt. Insbesondere die Unterscheidung zwischen “Beratungsleistungen” und “Unterstützungsleistungen” hat zu Unklarheit geführt. Während beispielsweise im Jahr 2016 lediglich Beratungsleistungen in Höhe von 2,9 Millionen Euro an das Bundesfinanzministerium gemeldet wurden, sind Verträge in einem Gesamtwert von ca. 150 Millionen Euro nicht angezeigt worden. So verliert das Parlament eine wesentliche Kontrollmöglichkeit. Während der Titel 531 01 Beratungsleistungen zur Optimierung der Bundeswehr für den Haushalt 2021 eine hohe Kürzung erfahren hat, ist nicht gewährleistet, dass weitere Kosten nicht als “Unterstützungsleistung” abgerechnet werden. Es ist im Interesse des Verteidigungsausschusses in diesem Bereich maximale Transparenz herzustellen.

Berlin, den 14. Oktober 2020

Dr. Tobias Lindner MdB

Katja Keul MdB

Agnieszka Brugger MdB